

ISOR aktuell

Nr. 5 / 95

Infopreis: 0,00 DM

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Gegen Spenden kein Einspruch

• Mai 1995

Rentenstrafrecht soll fortgesetzt werden

Die Pressemitteilungen über die Regionalkonferenz der Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer haben bei den vom Rentenstrafrecht Betroffenen Hoffnung geweckt. Sie haben auch Regierung und CDU auf den Plan gerufen. Kurzfristig hat Herr Wilmerstadt, der für Renten zuständige Abteilungsleiter im Blüm-Ministerium, die Vertreter des BRH, des DBwV und von ISOR zu einer Beratung am 11.04.1995 nach Bonn eingeladen. Für ISOR kamen im Auftrag des Vorstandes die Unterzeichner des Artikels der Einladung nach. Für den BRH waren neben den Herren Wenhahn und Dr. Bartsch aus der Mainzer Zentrale die Vorsitzenden der Landesverbände Ost anwesend. Herr Stein vom Landesverband Ost des DBwV ließ sich von den Herren Becker und Dr. Wohler vertreten.

Es wurde schnell klar, Herr Wilmerstadt wollte die Zustimmung der Anwesenden zur Durchsetzung der Vorstellungen der CDU einholen.

Unmißverständlich erklärte er den Willen der Regierung, namentlich des Bundeskanzlers, über einen gemeinsamen Entwurf mindestens aller großen Fraktionen das Gesetz schnell in den Bundestag zu bringen.

Der Vorschlag der Ministerpräsidenten liefe darauf hinaus, die bisher vom AAÜG Betroffenen je nach nachgewiesener Qualifikation auf die Durchschnittsverdienste im Staatsapparat zu setzen, soweit sie mehr als das 1,4fache als Zusatzversorgte oder Angehörige der NVA, des MdI und seiner Organe und der Zollverwaltung bzw. mehr als das 1,0fache als Angehörige des MfS verdient haben.

Die CDU habe dagegen vorgeschlagen, künftig mit Ausnahme des MfS und der sogenannten Befehlshaber des MfS das tatsächliche Einkommen bis zur Bemessungsgrenze bei der Rentenberechnung zu berücksichtigen. Dies führe schnell zu neuberechneten Renten.

Der Vorschlag der Ministerpräsidenten führe dagegen zur bürokratischen Verschleppung der neu zu berechnenden Renten, die obendrein schlechter ausfallen. Für das MfS und dessen „Befehlshab-

er“ sei nichts anderes erreichbar als die Tabellenlösung mit Minimalwerten. Diese sieht für derzeit etwa 10.000 MfS-Rentner und weitere 10.000 Personen vor, je nach nachgewiesener Qualifikation 0,5 bis 0,67 Entgelpunkte für An- und Ungelehrte und 0,94 bis 1,15 Entgelpunkte für Hochschulabsolventen zu gewähren. Facharbeiter würden dabei etwa bei 0,7 Entgelpunkten stehen bleiben. Bereits die dadurch mögliche Verbesserung der MfS-Renten um angeblich durchschnittlich 20% stoße auf erheblichen Widerstand der Opfer des DDR-Regimes. Zahlreiche Protestbriefe würden dies belegen.

Zitat des Monats:

„Der Sieg der Vernunft
kann nur der Sieg der
Vernünftigen sein“

Bert Brecht

Unter „Befehlshaber des MfS“ versteht man offensichtlich Personen, die als hochgestellte Abteilungsleiter in einem Ministerium tätig waren oder in der NVA, Polizei und Zollverwaltung gleiche Gehälter erzielten. Im Unterschied zu den Angehörigen des MfS würden diese Personen aber nur in den wenigen Jahren erfaßt, in denen sie tatsächlich diese Funktion ausübten.

Nach dieser Erklärung und einem direkten Vorgespräch der Mainzer Zentrale mit den Landesvorsitzenden des BRH war klar: Wilmerstadt erhielt die Zustimmung der Anwesenden des BRH und auch des DBwV. Manchem von ihnen war zwar das Unbehagen anzusehen und einige versuchten dies durch zaghaftes Biten für Witwen und Waisen zum Ausdruck zu bringen. Dr. Wohler (DBwV) trat darüber hinaus für die weiteren vom Strafrecht Betroffenen ein. Die ISOR-Vertreter räumten mit gewissem Verständnis für das Verhalten der Vorgenannten ein, daß der CDU-Vorschlag mit Ausnahme für die weiterhin vom Rentenstrafrecht Betroffenen günstig wäre. Sie verweigerten jedoch wegen der Aufrechterhaltung rentenstrafrechtlicher Bestimmungen, insbesondere der fort-

dauernden Stigmatisierung des MfS, die Zustimmung zum CDU-Vorschlag.

Der Vorgang zeigt die brutale Härte der Auseinandersetzung auf politischer Ebene. Noch hat sich der Koalitionspartner F.D.P. dazu nicht öffentlich geäußert. Die Vertreter der SPD, namentlich Herr Dreßler, erklären weiterhin ihren Willen, konsequent auf die Beseitigung des Rentenstrafrechts hinzuwirken.

Die Zweifel verstärken sich jedenfalls, ob die beabsichtigte Änderung des AAÜG für alle Betroffenen zu einem akzeptablen Ergebnis führen wird. Solidarität, Beharrlichkeit und Kampfeswillen aller Mitglieder von ISOR stehen jetzt und künftig vor neuen Bewährungsproben. Durch zahllose persönliche und trotz allem sachliche Briefe müssen die Politiker jetzt erfahren, daß sozialer Frieden nur durch Abschaffung des Rentenstrafrechts erreichbar ist.

Unser Verständnis dafür, daß Soldaten, Polizisten und Zöllner zufrieden sind, wenn ihre Rente nach dem tatsächlichen Einkommen berechnet wird, ist ein Gebot der Solidarität, die ISOR pflegt. Ebenso bauen wir aber auf deren Solidarität im Kampf gegen das Rentenstrafrecht, das weiterhin ihre einstigen hohen Offiziere und Generäle, Admirale und Inspekteure und ausnahmslos alle MfS-Angehörigen treffen soll. Diese Solidarität muß in der aktiven ISOR-Mitgliedschaft, in solidarischen gemeinsamen Versammlungen mit anderen Verbänden und im entsprechenden Auftreten gegenüber Politikern, maßgeblichen Vertretern der Länder und Kommunen und der Medienöffentlichkeit deutlich werden. Erst jetzt kann sich wirklich der Wert unserer Solidarität beweisen. Es ist unübersehbar, die Vertreter einer haßerfüllten Abrechnung mit denen, die die DDR in besonderer Weise getragen und verteidigt haben, wollen diese Solidarität brechen.

Der Vorstand von ISOR und seine Vertreter werden im Sinne des konsequenten solidarischen Kampfes gegen Rentenstrafrecht jedenfalls unbeirrt weiter wirken. Wir werden trotz allem zu sachlichen Gesprächen bereit sein, solange dies im Interesse unserer Mitglieder möglich ist.

Prof. Dr. Wolfgang Edelmann

Prof. Dr. Willi Hellmann

ISOR - Echo

Aktivitäten
Meinungen
Resonanzen

Die Organisation wächst. In einer Zeit, da von den Ost-Abgeordneten der CDU, wärmstens unterstützt vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, neue Vorschläge zur Veränderung des Rentenrechts auf den Tisch kommen (siehe ISOR aktuell 4/95), ohne jedoch das Strafrecht im Rentenrecht zu beseitigen, werden in den TIG immer neue Mitglieder aufgenommen.

Inzwischen hat ISOR eine Stärke von 22.300 Mitgliedern erreicht. So wurden im 1. Quartal 1995 u. a. in Rostock 105, in Berlin über 200, in Leipzig mehr als 50 und in Stralsund, Neubrandenburg, Magdeburg und Oschatz jeweils mehr als 40 neue Mitglieder aufgenommen. Weitere TIG wurden gegründet bzw. deren Gründung wird vorbereitet.

Proteste

Erhebliche Aktivitäten entwickelten die TIG nach der Bundestagsdebatte im Januar 1995, um ihren Unmut über die Beibehaltung des Rentenstrafrechts zum Ausdruck zu bringen. ISOR-Mitglieder, aber auch Mitglieder des DBwV, des BRH und anderer Vereine und Verbände richteten ihre sachlichen Proteste u. a. an folgende Adressaten: An das Europaparlament, an den Bundeskanzler, an Fraktionen und Gruppen in Bundestag und Länderparlamenten, an Vorsitzende von Parteien, an die Ministerpräsidenten der neuen Länder und ihre Sozialminister, an zuständige Ausschüsse des Deutschen Bundestages sowie an örtliche und überregionale Medien.

Gewachsene Akzeptanz

Im März organisierte die TIG Halle eine gemeinsame Beratung der Rentnerverbände der Stadt Halle. Im Namen von 1.420 Mitgliedern unterzeichneten die Vertreter des BRH, der GdP, des DBwV, des Komitees für Gerechtigkeit, der Initiativgruppe Rentner und nicht zuletzt von ISOR ein Schrei-

ben an Bundestagsausschüsse. Am 03.01.1995 übersandte die TIG Halle die Willenserklärung von ISOR an die Fraktionen des Landtages Sachsen-Anhalt. Bis zum Zeitpunkt der Information an uns hatte lediglich der Fraktionsvorsitzende der SPD den Eingang des Schreibens bestätigt. In einer Antwort von Dr. Nehler – der das Schreiben von seiner Fraktion zur Beantwortung erhielt – bekräftigte er den Standpunkt der SPD, das Rentenstrafrecht gänzlich abzuschaffen.

Im Januar fand ein Gespräch zwischen Vertretern der TIG Chemnitz und dem Präsidenten des Landessozialgerichtes statt. Eine weitere Initiative der TIG, mit den CDU-Bundestagsabgeordneten Sachsens ins Gespräch zu kommen, scheiterte jedoch, da die 5 Abgeordneten kniffen. Ein solches Verhalten von vom Volk gewählten Abgeordneten fordert wohl zu Recht den Protest der Rentner heraus.

Zusammenarbeit

Einer Einladung des DBwV folgend, konnten Mitglieder der TIG Wernigerode die Ziele und Aufgaben von ISOR darlegen und



Aus: „Von ABM bis zukunftsfröhlich“. Das große Katrikaturen-Wörterbuch der Nachwende.

die Notwendigkeit der solidarischen Zusammenarbeit beider Vereine erläutern. Der BRH-Vorsitzende folgte einer Einladung der TIG. In der Versammlung legte er dar, daß der Verband mit ISOR zwar Solidarität übe, aber besonderen Wert auf Eigenständigkeit seines Vereins lege. Diese will ihm ISOR auch nicht streitig machen!

In gemeinsamen Beratungen des DBwV, der GBM, des BRH, der Gewerkschaft ÖTV und der TIG Schwerin wurden Proteste gegen das Rentenstrafrecht organisiert.

Von der TIG Hoyerswerda wird ein ständiger Kontakt zur Kameradschaft des DBwV unterhalten. Auf Versammlungen werden Erfahrungen ausgetauscht. Mitglieder der TIG nahmen an Versammlungen des BRH teil und legten ihren Standpunkt zum gegenwärtigen Rentenrecht dar.

Als Mitglied des Arbeitskreises Senioren hat die TIG Leipzig an der Organisierung eines Rentenforums mit Staatssekretär Worms im Januar diesen Jahres mitgewirkt (wir berichteten darüber). Gemeinsam mit den Vorständen der Leipziger Kameradschaft des DBwV werden Maßnahmen zur Zusammenarbeit beraten.

Ebenso wie viele andere TIG unterhalten die TIG Annaberg und Templin Kontakte zum BRH in ihrer Stadt.

Aus Demmin informierte die TIG über Versammlungen, die auch von Mitgliedern des DBwV und des BRH besucht wurden.

Presseecho

In Wernigerode veröffentlicht das Amtsblatt der Stadt den monatlichen Veranstaltungskalender der TIG.

Presseerklärungen und ein Interview über ISOR in der „Schweriner Volkszeitung“, in „Unser Schwerin“ und im „Sonntags-Blitz“ erreichten viele Haushalte und informierten über ISOR.

Die TIG Weißenfels berichtete, daß in der regionalen Mitteldeutschen Zeitung nicht nur über Versammlungen der TIG berichtet wurde, sondern auch über die Bildung eines Beirates, mit dessen Hilfe die künftige Arbeit der TIG aktiviert werden soll. Ebenso werden Einladungen zu Veranstaltungen abgedruckt.

Die TIG Tangermünde veröffentlichte ei-
Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

nen Artikel in der Stendaler Volkszeitung und die TIG Aue einen in der Freien Presse, jeweils zur Darstellung des ISOR-Standpunktes zum Rentenstrafrecht.

Solidarität

In einer Zeit, da grundgesetzwidrig aus- gegrenzt wird, ungeliebte Menschen wie Abfall behandelt werden, ist Solidarität oftmals die einzige Stütze der Ausgegrenzten. ISOR pflegt Solidarität durch aktives Handeln. Die Betreuungstätigkeit sowie die Mitgliederwerbung schließen in besonderem Maße auch die Witwen und Waisen ein, die nach der übeln Methode der Sippenhaftung von erheblicher Beschnei- dung ihrer Rentenrechte betroffen sind. Gleiche Verantwortung besteht auch gegenüber den Jüngeren, denen oft nicht bewußt und von uns auch bisher nicht genügend oder oftmals überhaupt noch nicht erklärt worden ist, daß unser Kampf gegen das Rentenunrecht auch für sie geführt wird. Ein Weiterbestehen des Rentenstrafrechts trifft auch sie zu dem Zeitpunkt, an dem sie in das Rentenalter eintreten. Dann wird Ihnen plötzlich die Rechnung für die Zeit ihres beruflichen Engagements in der DDR mit Rentenkürzung für diesen Zeitraum präsentiert. Und mancher, dem das bewußt wird, würde für sein Recht selbst mitkämpfen und sich nicht darauf verlassen, daß die bereits jetzt Betroffenen für ihn schon die Kastanien aus dem Feuer holen werden.

Jenaer ISOR

ist der Titel eines Informationsblattes, daß die TIG dieser Stadt herausgegeben hat. Das Blatt informiert über anstehende Aufgaben und durchgeführte Aktivitäten. Manche dieser kleinen Informationen trägt auch dazu bei, den Gedanken der Zusammengehörigkeit, der Solidarität zu fördern.

In einem offenen Brief des Jenaer Ortsverbandes des BRH an die Mandatsträger aller Fraktionen und Gruppen des Deutschen Bundestages sowie des Thüringer Landtages wird die völlige Beseitigung aller diskriminierenden Bestimmungen des RÜG gefordert. Wörtlich heißt es: „Wir sind es überdrüssig, als Deutsche zweiter und dritter Klasse behandelt zu werden. Wir fordern keine Privilegien sondern Gerechtigkeit in einem Rechtsstaat.“

Durch die TIG Oberhavel (Oranienburg) konnte einer Hinterbliebenen bei der Beschaffung von Unterlagen zu den Dienstzeiten ihres Ehemannes geholfen werden. Dank dieser Hilfe konnte sie ihre Witwenrente beantragen. Wie viele andere TIG

unterhält auch diese TIG gute Kontakte mit der Kameradschaft des DBwV und mit dem BRH. Mitgliederversammlungen werden zum Erfahrungsaustausch genutzt.

Bei einer der letzten Verhandlungen vor dem Sozialgericht Neuruppin war der gesamte Vorstand der TIG Templin zur moralischen Unterstützung im Verhandlungssaal vertreten.

Vereinsleben

Auf der Mitgliederversammlung der TIG Neustrelitz im März wurde angeregt, sich stärker den Hinterbliebenen ehemaliger Angehöriger zuzuwenden. Hinterbliebene werden von der TIG im Mai zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. In den Sprechstunden der TIG informierten sich ehemalige VP-Angehörige über die Arbeit von ISOR. Fünf von ihnen wurden ISOR-Mitglied.

Die TIG Strausberg führte eine Informationsveranstaltung über folgende Themen durch:

- Ergebnisse und Erkenntnisse seit der Bundestagswahl – wie organisieren wir unsere Arbeit, um zu unserem Recht zu kommen
 - Entgeltbescheide und Widersprüche – entscheidende rechtliche Schritte.
- Des weiteren wurde ein Seminar zum Thema „Wie lese und prüfe ich meinen Entgeltbescheid“ durchgeführt.
- Die TIG arbeitet erfolgreich im Seniorenbeirat der Stadt Strausberg mit.

Aktiv gestaltete die TIG Wolgast ihre Arbeit im 1. Quartal. Mitgliederversammlungen wurden in Wolgast, Karlshagen und Anklam zu den Problemen der Vertreterkonferenz und zur Aktivierung der Mitglieder zu Protesten gegen das Rentenstrafrecht durchgeführt. Eine Stellungnahme der TIG zum Rentenstrafrecht wurde als offener Brief an das Europaparlament abgeschickt.

Mit neu aufgenommenen Mitgliedern führte die TIG Potsdam eine Veranstaltung zum Thema „Rentner-ABC“ durch.

Die TIG Berlin-Marzahn führte zum Thema Rentenstrafrecht eine Gesamtmitgliederversammlung durch, an der auch die Bezirksstadträtin für Jugend, Familie und Sport, Frau Dr. Barth, teilnahm.

Die TIG Jena berichtete über durchgeführte Wanderungen zur Entfaltung des geselligen Lebens und zur Festigung des Zusammengehörigkeitsgefühls.

(Der Beitrag „ISOR-Echo“ wurde auf der Grundlage der Quartalsberichterstattung 1. Quartal 1995 gestaltet.)

Rentensolidargemeinschaft ISOR e.V. vor erneuter Bewährungsprobe

Die Vorstände und Mitglieder des Vereins aus allen vier Sonderversorgungssystemen der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR und deren Sympathisanten wissen, welchen solidarischen Kampf sie in den letzten mehr als drei Jahren für mehr Rentengerechtigkeit durchlebt haben. Nun endlich mehren sich für einen großen Teil von ihnen berechtigte Hinweise dafür, daß in absehbarer Zeit die strafrechtsähnlichen Begrenzungen ihres Einkommens für die Rentenberechnung wegfallen könnten. Ein großes Ziel, aber eben auch nicht mehr, hätte damit der Verein gemeinsam mit anderen Organisationen, Vereinen und auch Parteien erreicht.

Obwohl gerade unser Verein nach umfangreicher analytischer Arbeit maßgebliche Vorschläge an alle entsprechenden staatlichen Stellen und auch an die Politiker aller Parteien zur Klärung auch des Problems für Personen in den sogenannten herausgehobenen Stellungen und des MfS/AfNS unterbreitete, sollen diese, geht es nach dem Willen einiger vor allem ostdeutscher Abgeordneter, ausgeweitet bleiben. Für alle sollen darüber hinaus, soweit eine Nachzahlung verweigert wird, Geldstrafen wirksam werden, deren Höhe jeder selbst nachvollziehen kann.

Die Vorstände der TIG und die Mitglieder des Vereins haben sich, und das sollten die Abgeordneten aller Parteien zur Kenntnis nehmen, auf einer bereits im November 1994 stattgefundenen außerordentlichen Vertreterkonferenz auch für diese Situation positioniert. Wer damit also hoffentlich bald vom Rentenstrafrecht verschont wird, sollte sich von den evtl. weiter Betroffenen nicht unsolidarisch abwenden und der, der leider von einem gerechteren Rentenrecht vorläufig ausgeschlossen bleiben sollte, wird sich nicht neidvoll gegen die nun Besserstehenden wenden.

Für unsere mehr als 22.000 Mitglieder aber gilt es nun erst recht, möglichst die Politiker aller Parteien und Parlamente nachdrücklich aufzufordern, ihre Wahlversprechen einzulösen und die Einhaltung des Einigungsvertrages zu fordern, denn nur so kann der soziale Frieden geschaffen werden.

Siegfried Felgner, (Beiratsmitglied für Mecklenburg-Vorpommern beim Vorstand der ISOR e. V.)

Parteien und Politiker antworten dem ISOR-Vorstand

(Auszüge)

SPD-Bundestagsfraktion:

...Ich stimme mit Ihnen überein, daß das RÜG noch in zahlreichen Bestimmungen Elemente des politischen „Rentenstrafrechts“ beinhaltet. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern erheben daher nach Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion zu Recht die Forderung nach weiteren Korrekturen des RÜG. Es war auch eine wesentliche Forderung der SPD im letzten Bundestagswahlkampf, die Vermengung Renten- und Strafrecht zu be seitigen...

Mitglied des Deutschen Bundestages, Herr Rudolf Dreßler, SPD:

Ihre Kritik an den Vorstellungen der CDU-Bundestagsabgeordneten zur Novellierung des Rentenüberleitungsgesetzes teile ich. Die SPD-Bundestagsfraktion tritt, wie Sie wissen, für eine konsequente Beseitigung aller strafrechtlichen Elemente aus dem Sozialrecht ein. Unser diesbezüglicher Bundestagsantrag (Drs. 13/20) ist Ihnen sicher bekannt. Es ist beabsichtigt, in den nächsten Wochen einen ausformulierten Gesetzentwurf folgen zu lassen.

Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Herr Dr. Reinhard Höppner:

...Die Landesregierung Sachsen-Anhalt setzt sich für die Abschaffung von rentenrechtlichen Regelungen mit Strafrechtscharakter ein. Dies bezieht sich auf alle Begrenzungsregelungen, aus deren Begründungskontext das explizite Motiv der Sanktionierung von Systemnähe nachgewiesen werden kann.

Bei der Rentenberechnung ist jedoch die Einkommensprivilegierung im Bereich der Sonderversorgungssysteme zu berücksichtigen. Die von Ihnen dazu unterbreiteten Vorschläge habe ich an das zuständige Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit weitergeleitet...

Sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Andrea Fischer:

...Inzwischen ist in der Tat Bewegung in die Rentenüberleitungs-Problematik gekommen. Als letzte der im Bundestag vertretenen Parteien hat die CDU sich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß die bestehenden RÜG-Regelungen nicht sinnvoll sind... Wir Bündnisgrünen halten daran fest, daß alle Ansprüche aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen bis zur Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt werden sollen. Für die Entgelte, die im Bereich des MfS/AfNS er-

Auch Kampf um Rentengerechtigkeit verursacht Kosten...

Solidarisch unterstützend spendeten größere Beträge:

Hans Bernuth, Leipzig	400 DM
Renate Büchtemann, Berlin	300 DM
Kurt Greif, Leipzig	500 DM
Hubert Hunold, Berlin	300 DM
Kurt Krah, Leipzig	100 DM
Ursula Matthews, Leipzig	500 DM
Helene u. Helmut Meyer, Lpzg.	400 DM
Alfred Naumer, Leipzig	500 DM
Heribert Neumann, Neustrelitz	100 DM
Irmgard Pfennig, Oranienburg	250 DM

Der Vorstand dankt Ihnen und auch allen nicht genannten Spendern

zielt wurden, schlagen wir eine Berücksichtigung der Entgelte in der Höhe vor, wie sie in einem entsprechenden Beruf in anderen Betrieben der DDR erzielt wurden. Der Hintergrund für diesen Vorschlag liegt nicht im Bedürfnis, hier über die Rente Strafe zu verhängen, sondern ausschließlich in der von uns gesehenen Notwendigkeit, die anerkannt höheren Einkommen in diesem Bereich den Einkommen aller Bürgerinnen und Bürger gleichzustellen...

Bundestagsgruppe der PDS:

...Wir können Ihnen versichern, daß sich die Bundestagsgruppe der PDS auch in dieser Legislaturperiode vehement dafür einsetzt, daß der Mißbrauch von Rentenrecht als politisches Strafrecht beseitigt und andere diskriminierende Regelungen bei der Rentenüberleitung grundlegend behoben werden...

Die PDS bleibt konsequent bei dem Standpunkt, daß nur eine vollständige Aufhebung aller willkürlichen Begrenzungen, die ins bundesdeutsche Rentenrecht speziell für Anwartschaften aus DDR-Zeiten eingebaut wurden, eine rechtsstaatlich, ordnungs- und sozialpolitisch akzeptable Lösung bringt. Wir werden daher Vorschlägen, die weiter ausdifferenzieren und insbesondere die Angehörigen des ehemaligen MfS/AfNS differenzieren, nicht zustimmen.

Wir freuen uns, daß Ihr Verein den Ansatz unseres Gesetzentwurfes, wonach nachweislich überhöhte Einkommen vor dem Eingang in die Rentenberechnung bereinigt werden sollen, konstruktiv aufgegriffen und praktikabel ausgestaltet hat. Wir werden uns bemühen, in die kommenden Verhandlungen diesen Gedanken der Angleichung tatsächlich erzielter Arbeitseentgelte vergleichbarer Tätigkeiten inner- und außerhalb von Sonderversorgungssystemen immer wieder hineinzutragen...

Außenparlamentarischer Druck erscheint uns daher – sei es durch unmittelbaren Protest oder auf dem Weg der Sozialgerichtsbarkeit – weiterhin unerlässlich...

Sozialminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Herr Hinrich Kuessner:
...Meine Gespräche mit Vertretern der Interessengemeinschaften und Berufsverbänden haben deutlich gezeigt, daß die Regelungen des Rentenrechts von den Angehörigen der Sonderversorgungssysteme als ausgrenzend empfunden werden. Mir liegt daran, soweit es der politische Gestaltungsspielraum zuläßt, hier nachhaltige Verbesserungen zu erreichen, um bestehende Ausgrenzungen aufzuheben. Ich kann versichern, daß ich mich auch weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen werde, bestehende Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung im Interesse der Betroffenen auszuräumen.

F.D.P.-Bundestagsfraktion:

...Wie Sie wissen, ist die Bundesregierung in einen Dialog mit den Vertretern der neuen Bundesländer eingetreten, in dem Verbesserungsmöglichkeiten bei der Rentenüberleitung ausgelotet werden sollen. Der Ausschuß für Arbeit- und Sozialordnung des Deutschen Bundestages wird die Vertreter der neuen Bundesländer ebenfalls einladen, um sich ein eigenes Bild machen zu können. Aus diesem Grunde ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch zu früh, konkrete Vorschläge für die Modifizierung der Rentenüberleitung zu machen. Gern werden wir aber Ihre Anregungen in unsere Überlegungen einbeziehen.



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Heinz Bauer, Berlin-Treptow,
Alfred Bock, Gera,
Ernst Böhm, Wismar,
Horst Böhmert, Schwerin,
Willy Bransch, Potsdam-Waldst.,
Erich Bretschneider, Dresden,
Alois Bröckl, Zschornewitz,
Rudi Engel, Riesigk,
Manfred Förster, Möhlau,
Helmut Gittel, Gräfenhainichen,
Horst Göpfert, Erkner,
Horst Grewe, Berlin-Friedrichsfelde,
Rudolf Großmann, Dresden,
Ernst Hirsch, Rostock,
Theodor Hlady, Potsdam,
Annemarie Hübner, Aschersleben,
Helmut Hunger, Berlin-Lichtenberg,
Dr. Bernhard Landes, Bln.-H. H. S.,
Werner Lippert, Gera,
Günter Lippmann, Berlin-Mitte,
Rolf Lüth, Rostock,
Wolfgang Mader, Schwerin,
Willi Mierwald, Chemnitz,
Marianne Mittlöhner, Gräfenh.,
Heinz Qual, Klingenthal,
Werner Rex, Senftenberg,
Gerhard Richter, Chemnitz,
Siegfried Röder, Zschornewitz,
Karl Rösner, Schwerin,
Erich Schemmel, Bln.-H. H. S.,
Karl Schultheiß, Bad Salzungen,
Hubert Schumann, Jena,
Helga Setzepfand, Artern,
Josef Sobola, Wolmirstedt,
Willi Sokolowski, Frankfurt/O.,

Ehre ihrem Andenken.

Von Mitglied zu Mitglied

Urlaubs- und Kuraufenthalt in der Spisska Magura, Nordostslowakei (unweit der Hohen Tatra) vermittelt: Tel. 030-55 98 307

IMPRESSUM

Herausgeber: Vorstand der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

Bankverbindung:

Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056

Bankleitzahl: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Franz-Mehring-Platz 1

10243 Berlin

Telefon: (030) 58 31 43 15

Fax: (030) 58 31 43 16

Postanschrift: ISOR e.V.

Postfach 0423

10324 Berlin

Sprechstunden:

Dienstag 10 bis 12 Uhr

Mittwoch 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

V.I.S.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Druck: BWP Grafische Werkstätten GmbH 14476 Golm